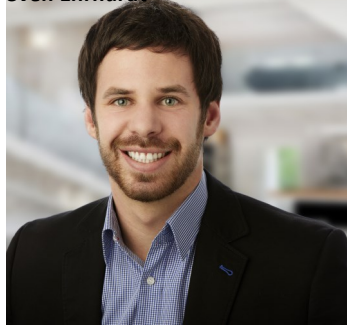


SPD geht gestärkt aus Kommunalwahl—Unsere neue Kreistagsfraktion

Christine Rodarius



Sven Ehrhardt



Dr. Hannedore Nowotny



Ben Schwarz



Markus Mahl



Ursula Klobe



Robert Pfann



Elke Lades-Eckstein



Nach wie vor entsendet die SPD neben ihrem Landrat Herbert Eckstein 16 Kreisräte in den Kreistag. Als einzige Partei gelang der SPD innerhalb der Fraktion ein "Generationenwechsel", konnten doch 6 neue Kreisräte erstmals in das Gremium einziehen. Mit jeweils 4 Personen die größten Abordnungen stellen die Städte Roth und Hilpoltstein, aber auch alle anderen Gemeinden des Landkreises sind gut vertreten. Als Fraktionssprecherin wurde Christine Rodarius bestätigt. Ihre neuen Stellvertreter sind Georgensgmünds Bürgermeister

Ben Schwarz, der mit 26 Jahren jüngste Kreisrat Sven Ehrhardt und Dr. Hannedore Nowotny, die auch als stellvertretende Landrätin bestätigt wurde.

Schwerpunkte der neuen Kreistagsfraktion bleiben die Bildungspolitik, die Energiewende und der demographische Wandel. Vor diesem Hintergrund wird auch der Öffentliche Personennahverkehr eine verstärkte Rolle spielen. Nach dem neuen Gymnasium in Wendelstein und der Sanierung der Realschule in Hilpoltstein stehen derzeit umfangreiche

Baumaßnahmen am Gymnasium Hilpoltstein an. Die Investitionen werden hoch sein, bieten aber die Möglichkeit, zeitgemäßer Bildung modernsten Raum zu bieten: Schule ist nicht nur ein Lern-, sondern auch Lebensraum. In der Energiepolitik muss der Ausbau erneuerbarer Energien im Landkreis forciert werden. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs müssen neue Konzepte entwickelt werden, um auch ländliche Regionen vom Nahverkehr nicht abzuschneiden, diesen aber bezahlbar zu erhalten.

Mathias Herrler



Ute Mahl



Bernd Krebs



Christine Waitz



Werner Bäuerlein



Klaus Vogel



Peter Hufe



Richard Erdmann



SPD-Basis gegen TTIP—Schreiben an Parteispitze

Beim jüngsten Parteitag im Mai hat sich die SPD im Landkreis Roth einstimmig gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA, bekannt unter der Abkürzung TTIP, ausgesprochen. Voraus gegangen waren Initiativen und Veranstaltungen mehrerer SPD-Ortsvereine, die gemeinsam mit anderen Verbänden und auch über die Parteigrenzen hinweg den Widerstand gegen das Abkommen unterstützten. Die SPD-Basis im Landkreis kritisiert unter anderem, dass die Inhalte von TTIP hinter verschlossenen Türen im Geheimen und ohne Beteiligung der Öffentlichkeit oder gewählter demokratischer Vertreter verhandelt werden. Zudem droht das Abkommen in Deutschland und Europa übliche Produktstandards wie die Gentechnikfreiheit oder die Lebensmittelkennzeichnung zu unterhöhlen. Außer-

dem soll internationalen Unternehmen vor intransparenten Schiedsgerichten ein Klagerecht eingeräumt werden, wenn die nationale Gesetzgebung ihre Gewinne oder Investitionserfolge einzuschränken bedroht.

Die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten im Landkreis Roth hat der Kreisvorsitzende Sven Ehrhardt in Schreiben an den bayerischen Landesvorsitzenden Florian Pronold und den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel übermittelt. Außerdem wurde der entsprechende Antrag zu TTIP *persönlich* dem SPD-Spitzenkandidaten der Europawahl und Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, übergeben. Die SPD im Landkreis Roth wird nach wie vor versuchen, TTIP mit aller Macht zu verhindern.

B131 bedroht Lebensqualität

Schon im Dezember 2012 hat sich die SPD im Landkreis Roth gegen die geplante B131 durch den südlichen Landkreis ausgesprochen. Damit steht sie nicht allein. Nahezu alle Parteien haben sich gegen sie positioniert und unterstützen die mittlerweile gegründete Bürgerinitiative. Nach Meinung des SPD-Kreisvorsitzenden Sven Ehrhardt würde die Bundesstraße "einen unverhältnismäßigen Eingriff in die schützenswerte Natur" darstellen. Die betroffenen Anwohner in Thalmässing und seinen Ortsteilen müssten ein Vielfaches an Verkehrsbelastung und damit eine erhebliche Einschränkung ihrer Lebensqualität ertragen. Mit der stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden und Kreisrätin Ursula Klobe, die zudem auch 2. Bürgermeisterin in Thalmässing ist, arbeitet eine der führenden Sozialdemokratinnen im Landkreis in der Bürgerinitiative mit.

SPD-Kreistagsfraktion spricht sich gegen geplante Stromtrasse aus

Die SPD-Kreistagsfraktion hat eine offizielle Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan Strom 2014 – Erster Entwurf“ vom 16.04. 2014 abgegeben und lehnt diesen ab. Hier die Begründung aus dem Schreiben:

Zum einen zweifelt die Kreistagsfraktion die Notwendigkeit der Trasse in dieser Dimension für unsere Region an. Angeblich soll eine drohende Versorgungslücke im Süden Deutschlands nach Abschaltung der Atomkraftwerke geschlossen und überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien vom Nordosten Deutschlands durchgeleitet werden. Es wurde bisher nicht belegt, dass diese Ziele nur mit diesen geplanten Stromtrassen erreicht werden.

Zum anderen wird aus der Begründung Amprions für diese Trasse deutlich, dass bei es bei dem Energietransport vorwie-

gend um Strom, gewonnen aus Braunkohle, geht.

regenerative Energiegewinnung zu setzen.



Das widerspricht völlig den vereinbarten Klimaschutzziele. Experten kritisieren, dass technische Möglichkeiten zur Netzoptimierung nicht vollständig genutzt werden.

Darüber hinaus wird mit diesem Neu-/Ausbau jegliches Bestreben der Kommunen konterkariert, auf die regionale

Weiterhin kritisieren wir, dass bislang keinerlei fundierte Studien die Befürchtung der Bürger widerlegen, dass deren Gesundheit gefährdet und schädliche Auswirkungen auf die Umwelt in Kauf genommen werden.

Darüber hinaus fordern wir fundierte Untersuchungen zu nötigen, gesetzlich festgelegten Abstandsflächen bei möglicher Weise zu dulddenden Trassen. Im Gegensatz zu Windkraftanlagen gibt es bisher keinerlei gesetzlich festgelegten Mindestabstand zu Wohnbebauungen.

Außerdem ist es nicht hinnehmbar, dass die Trasse - wie bisher geschehen - als reine Freileitungstrasse geplant wird. Dadurch gibt es für eine Erdverkabelung keine gesetzliche Grundlage. Es gibt keine ausreichende Kommunikation zwischen Bürgern, den Netzbetreibern und der Politik. Das widerspricht vollkommen demokratischen Prozessen.

Christine Rodarius im Namen der SPD-Kreistagsfraktion